

Antrag

Alfred Dagenbach u.a. Die Republikaner

vom 13.11.1996

Drs 12/650

und

Stellungnahme

des Finanzministeriums

Verkauf der Landesanteile an der Südwestsalz

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Aussagen die Landesregierung zu Pressemeldungen macht, nach denen das Land beabsichtigen soll, seine Anteile an den Südwestdeutschen Salzwerken AG zu verkaufen;

2. wenn diese Absichten zutreffen sollten, bitte ich um Auskunft darüber,

a) wie hoch der Einstandspreis für die Landesbeteiligung war;

b) wie hoch in den letzten 5 Jahren die jeweilige Dividende für die Landesbeteiligung war;

c) aus welchem Grund beabsichtigt wird, die Landesanteile zu verkaufen;

d) ob die Veräußerung als wirtschaftlich sinnvoll erachtet wird;

e) ob beabsichtigt wird, die durch den Verkauf angestrebten Erlöse zur kurzfristigen Deckung des Haushalts 1997 zu verwenden oder ob die Mittel zum Kauf anderer Beteiligungen benutzt werden sollen, wenn ja, welchen;

f) ob es bereits Interessenten für den Kauf der Landesanteile gibt, wenn ja, welche, und in welchen Größenordnungen sich jeweils die Kaufabsichten bewegen;

g) welche Beteiligungen die Landesregierung in den nächsten Jahren zu veräußern gedenkt, wenn sich die Haushaltserwartungen weiterhin nicht erfüllen.

13. 11. 96

Dagenbach, Schonath, Eigenthaler, Hauser, Huchler REP

Begründung

Die Landesregierung beabsichtigt offensichtlich, sich von Beteiligungen an gut florierenden Unternehmen, wie der Südwestdeutschen Salzwerke AG, zu trennen, aber Zuschuß- und Verlustbetriebe weiter zu behalten. Damit werden nur kurzfristig Haushaltslöcher gestopft, während gleichzeitig auf regelmäßig gute Erträge solcher Unternehmen zum Nachteil des Landes für die Zukunft verzichtet wird.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 12. Dezember 1996 Nr. 5 3241.SWS/11 nimmt das Finanzministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Zu 1.:

Das Land beabsichtigt seine Beteiligung an der Südwestdeutsche Salzwerke AG (SWS AG) zu veräußern. Es steht deswegen im Gespräch mit dem anderen Hauptgesellschafter, der Stadt Heilbronn. Verkaufsverhandlungen wurden jedoch bisher nicht geführt.

Zu 2. a) + b):

Die Beteiligung an der SWS AG steht bei der Landesbeteiligung Baden-Württemberg GmbH mit rd. 103 Millionen DM zu Buche. Die Bruttodividenden (das heißt einschl. Steuergutschrift) bewegten sich in den letzten 5 Jahren in Abhängigkeit vom Jahresüberschuß der SWS AG zwischen 4,7 Millionen DM und 6,6 Millionen DM jährlich, im Durchschnitt lagen sie bei 5,6 Millionen DM.

Zu 2. c):

Ein Verkauf des Anteils an SWS erscheint nunmehr möglich, da ein Zugriff des Landes über eine Beteiligung an SWS auf die unterirdischen Deponien im Hinblick auf das am Markt herrschende Überangebot an Deponieraum jetzt nicht mehr notwendig ist. Ein wichtiges Interesse des Landes an der Beteiligung liegt deshalb nicht mehr vor.

Zu 2. d) f):

Die Beteiligung des Landes an der SWS AG wird nicht vom Land selbst, sondern von der Landesbeteiligung Baden-Württemberg GmbH gehalten. Der Veräußerungserlös wird daher auch der Landesholding zufließen. Ein Verkauf ist wirtschaftlich, da mit einem Erlös zu rechnen ist, der höher als der Buchwert ist.

Zu 2. g):

Die Landesregierung wird im nächsten Jahr neben der Beteiligung an der LEG und an SWS voraussichtlich auch die SBW und die Krankenhausgesellschaften in Baden-Baden und Bad Wildbad veräußern.

In Vertretung

Rückert

Staatssekretär